



WIR SIND JUNG, WIR SIND STARK © 24Bilder Filmverleih;  
77SQM\_9\_26MIN © Forensic Architecture;  
KUAFOER AUS DER KEUPSTRASSE © RealFiction

## „GEMEINSAM GEWOLLTE GESAMTKONZEPTION“

Rechtsradikale Realitäten in Deutschland - und wie ihnen begegnet werden könnte

Im November 2011 brannte in Eisenach ein Wohnmobil und in Zwickau ein Haus. Es war das erste Mal, dass die Öffentlichkeit von der Existenz einer rechtsextremen Terrorzelle namens „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) erfuhr. Im Verlauf von zwölf Jahren hatte sie mindestens neun Menschen ermordet, die die Mörder\*innen als Migrant\*innen identifiziert hatten. Des Weiteren wurde eine Polizistin erschossen, zahlreiche Menschen verletzt und mindestens drei Sprengstoffanschläge verübt. Sicherheitsbehörden, Medien und die Öffentlichkeit gaben sich überrascht davon, dass ihnen diese terroristischen Aktivitäten verborgen blieben.

Acht Jahre später ist zwar ein erster Prozess gegen Mitglieder und Helfer\*innen des NSU zu Ende gegangen, eine spürbare gesellschaftliche Relevanz der Aufarbeitung oder gar Konsequenzen aus den Ermittlungsergebnissen sucht man heute weitestgehend vergeblich. Die Namen der Mordopfer – Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter – sind nicht Teile einer bundesrepublikanischen Erinnerungskultur geworden. Das nachgewiesene Versagen der Sicherheitsbehörden, ihre Ignoranz, ihr Verschleiern und ihre Unfähigkeit zur Selbstkritik hatten keine weitreichenden Konsequenzen.

## RECHTSRADIKALE REALITÄTEN

Stattdessen sitzen heute in allen Parlamenten Abgeordnete einer rechtsextremen Partei, die personell, strukturell, finanziell und ideologisch mit gewaltbereiten Kräften kooperieren. Über Koalitionen mit dieser Partei wird inzwischen offen nachgedacht.

Stattdessen freut sich ein CSU-Bundesinnenminister über jede erfolgte Abschiebung sowie jede Straftat, die von einem Nicht-Deutschen begangen wird und versteht ganz grundsätzlich „Migration als die Mutter aller Probleme“.

Stattdessen gibt es im Schnitt täglich mehrere gewalttätige Übergriffe auf Geflüchtete und Wohnungslose, rassistische, homophobe, transphobe sowie antisemitische Angriffe auf deutschen Straßen, in deutschen Städten.

Stattdessen kursieren in rechten Kreisen Listen mit den Namen und Adressen politischer Gegner\*innen, die, wie der Fall des mutmaßlich von Rechtsterroristen ermordeten Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke belegt, auch zielgerichtet abgearbeitet werden – ohne, dass potentielle Opfer von den Behörden gewarnt werden würden.

## RECHTER TERROR ALS TRADITION

All das fiel nicht vom Himmel. Der bundesdeutsche Rechtsextremismus ist keine nachgeordnete Reaktion auf neue, externe Einflüsse – Eurokrise, islamistischer Terrorismus, Migrationsbewegungen, die Herausforderungen der Globalisierung etc. – sondern eine Konstante in der Geschichte der Bundesrepublik. Ideologische Rechtfertigungen für ihre Rhetorik, Politik und Gewalt fanden seine Akteur\*innen zu jedem Zeitpunkt, ihre menschenfeindlichen Grundlagen blieben dagegen immer dieselben. Sie konnten 70 Jahre lang ihre Netzwerke aufbauen, Strukturen schaffen, Allianzen schmieden und sich im Umgang mit Staatsanwaltschaften, politischen Gegner\*innen und Journalist\*innen üben.

Und das nicht nur im Verborgenen: Krude Thesen, die vor einigen Jahren nur in rechtsradikalen Zirkeln kursierten, werden heute auch für Stimmen aus einer sogenannten Mitte der Gesellschaft sagbar. Es sind nicht nur die radikalen Neonazis in einem weit entfernten Winkel Sachsens, die Phantasmen von „Umvolkung“, „Kulturkampf“ oder einem tausendjährigen Deutschtum propagieren. Solche Behauptungen fassen auch Anhänger\*innen und Funktionsträger\*innen anderer Parteien immer öfter in eigene Worte und lassen politische Taten folgen.

## GEMEINSAM GEWOLLTE GESAMTKONZEPTION

Die Auswirkungen dieses gesellschaftlichen Wandels und die Öffnung gegenüber rechtsextremen Perspektiven sind auch im Kulturbereich spürbar, gerade in Einrichtungen, die von öffentlicher Förderung abhängen. AfD-Abgeordnete sitzen in Gemeinderäten und Ausschüssen, entscheiden über Fördergelder und fordern Listen zur Nationalität von Mitarbeitenden und Künstler\*innen an. Stellt sich die Frage, wie Kulturinstitutionen mit diesen An- und Übergriffen von Rechts umgehen können.

Die Kinemathek Karlsruhe macht einen Vorschlag und wird sich in einer dreimonatigen Veranstaltungsreihe der Vergangenheit wie der Gegenwart der rechtsradikalen deutschen Realitäten widmen. Der Titel „Gemeinsam gewollte Gesamtkonzeption“ zitiert die Urteilsbegründung gegen Beate Zschäpe im sogenannten NSU-Prozess. Sie habe sich „willentlich dieser gemeinsam gewollten Gesamtkonzeption“ unterworfen, und so die Morde und terroristischen Aktivitäten ermöglicht.

Der Gedanke einer Tatbeteiligung durch Unterstützung, Tolerierung oder Ignorieren von menschenverachtenden Rhetorikern und Taten lässt

sich heute auch ganz grundsätzlich für größere Teile der deutschen Gesellschaft übertragen. Umgekehrt eröffnet er auch die Option einer positiven Wendung, nämlich dass durch einen kollektiven, zielgerichteten Prozess auch eine demokratische, offene und tolerante Gesellschaft als gemeinsam gewollte Gesamtkonzeption zu verteidigen ist.

Auch und gerade für kommunale Kinomacher\*innen als aktiven Teil einer Stadtgesellschaft, die ihre Häuser seit jeher als Räume des diskriminierungsfreien Austausches verstanden haben, darf die Freiheit der Rede und der Kunst als Grundvoraussetzung für die eigene Arbeit nicht verhandelbar sein. Im Angesicht einer massiven und wachsenden Bedrohung ist es nicht opportun, in vorgeblicher Neutralität zu verharren und zu hoffen, dass der Kelch auch dieses Mal an den eigenen Kinotüren vorbei ziehen möge.

## DAS EXISTIERENDE VISUELLE GEDÄCHTNIS SICHTBAR MACHEN

Den Kern der Ausstellungsreihe bildet ein kuratiertes Filmprogramm, bestehend aus zehn Arbeiten aus vier Jahrzehnten, die im Saal der Kinemathek gezeigt werden. Die Filme belegen nicht nur, dass es eine lange Tradition rechter Gewalt in Deutschland gibt, sondern auch, dass ein visuelles Gedächtnis zu dieser Geschichte existiert, das sichtbar gemacht und ins Bewusstsein eines Publikums gerückt werden kann. So werden zu erwartende Arbeiten wie Thomas Heises STAU – JETZT GEHT'S LOS oder DER KUAFOER AUS DER KEUPSTRASSE von Andreas Maus gezeigt, aber auch Filme, die seltener erinnerte Verbrechen wie das Oktoberfestattentat (DER BLINDE FLECK, Regie: Daniel Harrich) oder die teils gewalttätigen Auseinandersetzungen um die erste Wehrmachtsausstellung (JENSEITS DES KRIEGES, Regie: Ruth Beckermann) in den Blick nehmen. Pavel Schnabels und Harald Lüders JETZT – NACH SO VIEL' JAHREN verweist dagegen auf die unzulängliche Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit und die seitdem tradierte bundesdeutsche Bereitschaft, überall genau hinzusehen, nur nicht auf das Unrecht vor der eigenen Haustür. Mit REVISION schließt ein Film die Reihe ab, der eine Aufgabe wahrnimmt, die Behörden hätten übernehmen sollen, dies aber nicht taten und so ein Verbrechen an Migrant\*innen unaufgeklärt ließen.

Eine ermittelnde künstlerische Praxis lässt sich auch in einer filmischen Arbeit des Kollektivs *Forensic Architecture* wiederfinden, die den NSU-Mord an Halit Yozgat in Kassel minutiös rekonstruiert und damit leistet, was Ermittler\*innen nicht für notwendig ansahen. 77SQM\_9:26MIN wird neben weiteren Inhalten im für „Gemeinsam gewollte Gesamtkonzeption“ entwickelten digitalen Ausstellungsraum zu sehen sein, der ab 22. November unter [www.deutschlandproblem.de](http://www.deutschlandproblem.de) zugänglich sein wird.

Ergänzt wird das Programm um eine Ausstellung mit Videokunstarbeiten im Gebäude der Kinemathek und im öffentlichen Raum der Karlsruher Innenstadt. Dabei werden neue Arbeiten, wie auch Bestände aus dem Archiv des Kasseler Dokfests präsentiert. In einem Diskursprogramm aus pädagogisch begleiteten Schulvorführungen, Vorträgen und einer abschließenden Tagung im Februar werden weitergehende Fragen und die Möglichkeiten einer positiven, weltoffenen und gegen Rechts gerichteten gemeinsam gewollten Gesamtkonzeption zu verhandeln sein.

Jens Geiger (Kurator)

## INFORMATION

Eine Veranstaltungsreihe der Kinemathek Karlsruhe in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg, 22. November 2019 bis 9. Februar 2020 in Karlsruhe. Interessierten Kolleg\*innen stellen wir gerne eine Liste mit Kopienquellen und Lizenzgeber\*innen der filmischen Arbeiten zur Verfügung.